

erstellt am: 26.02.2011

URL: www.rp-online.de/landtagswahl/nachrichten/NRW-erwaegt-hoehere-Steuer-fuer-Hauskaeuer_aid_969725.html

Finanznot

NRW erwägt höhere Steuer für Hauskäufer

VON DETLEV HÜWEL - zuletzt aktualisiert: 26.02.2011 - 13:02

(RPO) Die Finanznot in NRW macht eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf fünf Prozent wahrscheinlich. Eine Mehrheit aus SPD, Grünen und Linken zeichnet sich ab.

Für die Anhebung der Grunderwerbsteuer, die derzeit 3,5 Prozent beträgt, gebe es gute Gründe, sagte Grünen-Fraktionschef Reiner Priggen im Landtag. Angesichts der angespannten Kassenlage müsse das Land Wege zu Mehreinnahmen prüfen - „und das werden wir auch tun.“

Da die Grunderwerbsteuer eine Landessteuer ist, kann der Landtag eine Erhöhung allein beschließen. Eine Mehrheit von SPD, Grünen und Linkspartei zeichnet sich nach der gestrigen Debatte ab. Grünen-Finanzexperte Mehrdad Mostofizadeh sagte, die Steuer müsse heraufgesetzt werden, „weil wir die kostenfreie Bildung finanzieren müssen“.

Dass darüber auch in ihrer Partei „nachgedacht“ werde, bestätigten die SPD-Abgeordneten Uli Hahnen und Hans-Willi Körfges. Für die Linkspartei forderte Rüdiger Sagel nicht nur die Aufstockung der Grunderwerbsteuer, sondern auf Bundesebene auch die Millionärs- und Vermögensteuer.

NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) sagte, zu einem Konsolidierungskurs gehöre auch das Aufspüren von zusätzlichen Einnahmen. Wenn es aus dem Landtag die Anregung gebe, die Grunderwerbsteuer anzuheben, werde die Regierung dies prüfen. Eine Aufstockung auf fünf Prozent werde ein Haus, das 250 000 Euro kostet, um rund 3500 Euro verteuern. Die Empörung der Opposition halte er für „überzogen“.

Die FDP-Politikerin Angela Freimuth hatte zuvor die Aufstockung der Grunderwerbsteuer als „das größte Attentat auf das Geld der Bürger“ bezeichnet. Für den wirtschaftlichen Aufschwung sei das „absolutes Gift“. Ihr Fraktionskollege Christof Rasche glaubt, dass der Finanzminister die Erhöhung bereits mit SPD und Grünen abgesprochen hat.

Der CDU-Finanzexperte Christian Weisbrich sprach von einem „Stück aus dem Tollhaus“, wenn der Kauf von Baugrundstücken und Häusern „schwer belastet“ werde. Insbesondere für junge Familien rücke damit der Traum von einem eigenen Heim weiter in die Ferne. Die „Geldgier“ der rot-grünen Landesregierung sei unersättlich: „Sie werden nie mit den staatlichen Einnahmen auskommen, weil Sie grundsätzlich mehr versprechen als Sie halten können“, rief Weisbrich.

Sprecher von SPD und Grünen verwiesen darauf, dass inzwischen acht Bundesländer - zum überwiegenden Teil mit Zustimmung der CDU - die

Grunderwerbsteuer auf fünf Prozent heraufgesetzt hätten. Die Befürworter in NRW rechnen mit Mehreinnahmen von etwa 450 Millionen Euro pro Jahr.

Der Verband Wohneigentum NRW lehnt eine Erhöhung entschieden ab: „Die Belastungsgrenze der Hauseigentümer ist längst erreicht.“ Jedes Jahr stiegen die Grundbesitzabgaben; hinzu kämen Energiesparmaßnahmen und die Dichtheitsprüfungen der Abwasserleitungen. Eine höhere Grunderwerbsteuer führe dazu, dass beim Verkauf älterer Immobilien an den nötigen Investitionen gespart werde.

© RP Online GmbH 1995 - 2011
Alle Rechte vorbehalten
Vervielfältigung nur mit Genehmigung der RP Online GmbH

[Artikel drucken](#)